

Russland: Orthodoxe Kirche fordert Verbot von Trans-Propaganda

Die Propagierung und Durchführung von geschlechtsangleichenden Operationen bei Minderjährigen sollte unter Strafe gestellt werden, meint Metropolit Hilarion.



Hilarion Alfejew, Leiter des Aussenamtes der russisch-orthodoxen Kirche und Metropolit von Wolokolamsk, hat in einem Interview mit dem staatlichen Nachrichtensender Rossija 24 eine Bestrafung der Bewerbung und Durchführung von geschlechtsangleichenden Operationen bei Minderjährigen gefordert.

Solche Behandlungen seien "nichts anderes als die Entstellung und Verstümmelung eines Menschen", so der 54-Jährige laut einer Zusammenfassung des unabhängigen Senders TV Rain. "Ich denke, dass Leute, die solche Ideen propagieren, ins Gefängnis gehören, denn meiner Meinung nach ist es ein Verbrechen, ein achtjähriges Kind oder sogar ein sechzehnjähriges Mädchen zu verstümmeln."

Kinder sollten das Recht haben, aufzuwachsen und solche Entscheidungen als Erwachsene selbst zu treffen, so der frühere Bischof von Wien und Österreich. Sie einer Operation zu unterziehen, sei "ein Verbrechen, das strafrechtlich geahndet werden sollte." Das sollte auch für "Propaganda" gelten, die erfolgreiche Operationen verspreche: "Es findet keine wirkliche Geschlechtsanpassung statt. Es wird nur der Anschein erweckt, dass eine Person beginnt, einem anderen Geschlecht anzugehören."

Alfejew reagierte in dem Interview auf eine oft verzerrte Aussage des gewählten US-Präsidenten Joe Biden, der im Wahlkampf gesagt hatte, dass ein acht- oder zehnjähriges Kind, das sich als trans identifiziere, nicht diskriminiert werden sollte. Von einem Recht auf medizinische Geschlechtsanpassung, wie vielfach kolportiert, hatte er nicht gesprochen.

Nach Homo- nun Kampf gegen Trans-"Propaganda"?

Russland hatte 2013 das sogenannte "Homo-Propaganda"-Gesetz eingeführt, mit dem die "Propagierung" von "nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen" im Beisein von Minderjährigen als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann. Das offiziell mit dem Jugendschutz begründete Gesetz führte in der Praxis nur zu wenigen Verfahren, aber zu Selbstzensur, zur medialen und politischen Ausgrenzung queerer Menschen sowie zu Vorabverboten von Demonstrationen und der Einschüchterung von LGBTI-Aktivist*innen.

Hilarion hatte 2013 "Homo-Propaganda"-Gesetze für ganz Europa gefordert. Die Anerkennung von homosexuellen Paaren, wie sie im Westen praktiziert würde, sei hingegen "selbsterstörend" und ein "Todesurteil für ganze Staaten, ganze Nationen", so der Metropolit damals. "Unsere Gesetze beschränken sich darauf, den Genpool der Nation zu sichern."

In diesem Jahr hatte Russland sein bereits einfachgesetzliches Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen im Rahmen einer grösseren Reform mit in die Verfassung aufgenommen. Der Föderationsrat legte im Juli zugleich einen Gesetzentwurf der umtriebigen Politikerin Jelena Misulina, die bereits das landesweite Gesetz gegen "Homo-Propaganda" verantwortete, vor, trans Personen die Ehe und die Adoption von Kindern zu verbieten. Für diesen Zweck wäre auch ein neuer Standesamtseintrag "Geschlecht bei Geburt" geschaffen worden, der möglicherweise die rechtliche Anerkennung von trans Personen in ihrem Geschlecht erschwert oder verhindert hätte – wie es ein kurz zuvor in Ungarn in

Kraft getretenes Gesetz macht. Nach Ablehnung durch Duma-Kommissionen und -Abgeordnete wurde der russische Entwurf schliesslich zurückgezogen.

queer.de / 23.12.2020